

8. März 2012 – Internationaler Frauentag

52 Prozent der Bevölkerung in Deutschland sind Frauen: sie verdienen hierzulande bei gleicher Qualifikation durchschnittlich 23 Prozent weniger als Männer, sie sind mit nur einem Prozent in den Vorständen der 100 größten deutschen Unternehmen vertreten und bilden mit 65 Prozent die größte Gruppe im Niedriglohnsektor. Im europäischen Vergleich gehört Deutschland damit zu den Schlusslichtern bei der Gleichstellung der Geschlechter.

DIE LINKE solidarisiert sich am 8. März mit den von Ausbeutung und Unterdrückung, von Diskriminierung und Ungleichheit betroffenen Frauen weltweit. Sie verbündet sich mit den Frauen, die unter Lohndiskriminierung und Arbeitslosigkeit leiden, sie streitet für gleiche Rechte für alle Geschlechter, sie kämpft für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen in Bezug auf ihre Lebensweise, Sexualität und ihren Körper. Darüber hinaus setzt sie sich für eine Vernetzung von parlamentarischen und bewegungspolitischen Frauenbündnissen ein, für das Aufbrechen von tradierten Rollenbildern in Beruf und Familie sowie für die gleiche Teilhabe von Frauen auf allen gesellschaftlichen Ebenen.

Zum Internationalen Frauentag fordert die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

– **Gleiche Rechte für Alle** und aktive Anti-Diskriminierungspolitik. Wir fordern die Abschaffung des Ehegattensplittings, die Einführung eines Entgeltgleichheitsgesetzes und die Einführung eines Verbandsklagerechts. Niemand soll in Belastungssituationen alleine für seine/ihre Rechte kämpfen müssen.

– **Das Selbstbestimmungsrecht der Frau** über ihre Lebensweise, Sexualität und ihren Körper. Dazu gehört auch die freie Entscheidung für oder gegen eine Schwangerschaft. Wir lehnen jegliche Pflichtberatungen ab und fordern das uneingeschränkte Recht von Frauen auf sichere und legale Schwangerschaftsabbrüche sowie die Streichung des §218.

– **Keine staatliche Subvention des überholten und heteronormativen Familienmodells** mit dem Mann als Ernährer und der Frau als Zuverdienerin. Das Renten-, Steuer-, Sozial- und Familienrecht muss reformiert werden. Eine Diskussion um den Arbeits- und Familienbegriff muss geführt und reproduktive Tätigkeiten (Kinderbetreuung, Pflege) müssen aufgewertet werden. Wir solidarisieren uns hierbei mit den zentralen Forderungen der außerparlamentarischen Frauen- und Lesbenbewegung.

– **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.** Der bundesdeutsche Gender Pay Gap von 23 Prozent muss bekämpft werden, ein Mindestlohn eingeführt und Minijobs als zentrale Stützpfeiler des Niedriglohnsektors mit sozialversicherungspflichtiger Arbeit gleichgestellt werden. Eine geschlechtergerechte Überarbeitung der Eingruppierungskriterien der Tarifverträge steht dringend aus. Frauenarbeit ist mehr wert.

– **Halbe/Halbe.** Seit 92 Jahren haben Frauen in Deutschland das Wahlrecht. Der Frauenanteil in den Parlamenten liegt jedoch bundesweit unter einem Drittel, in Führungspositionen von Politik und Wirtschaft unter 10 Prozent. Wir fordern daher eine Mindestquotierung aller politischen Mandate und öffentlichen Ämter von 50 Prozent sowie ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft.

www.linksfraktion.de/gleichstellung

101 Jahre HERRschafskritik



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Es gibt noch viel zu tun .